

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktag. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 8.—13. Oktbr. 40 Mill. M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 7 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtaespaltrige Zeile oder deren Raum 13 Mill. Mart, auswärtige Grundpreis 150 Mill. mal Schlüsselzahl d. D. Z. W., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzeig., 12 Mill. M., Reklamen 52 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 239.

Freitag, 12. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Die Entscheidung verschoben!

Der Reichstag vertagt die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Dr. L. Lübeck, 12. Oktober.

Ueber das Ermächtigungsgesetz kann man denken, wie man will. Ueber eine Tatsache kommt man doch nicht hinweg: es ist immerhin ein Versuch, an die Stelle des sich ewig im Koalitionsgeflecht verstrickenden Parlamentarismus etwas Bewegliches zu setzen. Der Regierung die Hände frei zu geben für Maßnahmen, die sie für nötig hält im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung. Ob man diese Maßnahmen, bei deren Zustandekommen ja auch Sozialdemokraten mitwirken, billigt oder nicht billigt, es ist auf jeden Fall besser, daß irgend etwas geschieht, als daß wie bisher immer alles weiterdurstet.

Das Ermächtigungsgesetz ist verfassungsändernd. Zu seiner Annahme ist deshalb erforderlich, daß mindestens zwei Drittel der Reichstagsmitglieder anwesend sind. Und von diesen anwesenden zwei Dritteln müssen zwei Drittel für das Gesetz stimmen.

Wird das Gesetz abgelehnt, so bleibt nur noch die Reichstagsauflösung als letzter Ausweg. Und das wäre im gegenwärtigen Augenblick das Chaos. Im Reichstag sitzen zwei Parteien, die im Innersten ihres Herzens dieses Chaos wünschen. Kommunisten und Deutschnationale!

Zu Beginn der Reichstagsitzung schon hatten sich diese merkwürdigen Brüder zusammengefunden. In trautem Verein berieten sie über eine gemeinsam-brüderliche Obstruktion. (Durch Verlassen des Saales.) Um die nötige Zweidrittelbefreiung des Reichstages zu verhindern.

Eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter — hauptsächlich aus Sachsen — blieb der Abstimmung ebenfalls fern. Viele Abgeordnete waren abwesend. So zeigten die Sitze der Regierungsparteien große Lücken. Und darauf bauten Kommunisten und Nationale. Bei der entscheidenden Abstimmung verließen sie den Saal.

Geistesgegenwärtig verhinderte der Fraktionsvorsitzende des Zentrums die Ablehnung. Indem er eine Vertagung der Abstimmung beantragte, damit die Regierungsparteien Zeit gewinnen, um ihre Mitglieder etwas vollzähliger nach Berlin zu berufen. Bis Sonnabend haben sie nun Zeit.

Die Markt zerfällt von Tag zu Tag mehr. Die Räder der Wirtschaft können jeden Tag still stehen. Und im Reichstag bringen es zwei radikale Fraktionen fertig, die Regierungsmaschine für Tage stillzulegen. Und viele Abgeordnete halten es jetzt noch nicht für nötig, ihre Pflicht zu tun und nach Berlin zu reisen. Der Segen der Doppelmandate! Dabei kann jeden Tag der Zusammenbruch eintreten; jede Stunde ist kostbar.

Sonnabend wird der Reichstag den letzten Versuch machen, das Reich und die Verfassung zu behaupten. Mißlingt dieser Versuch, so sehen wir keinen Ausweg mehr. Dann können die ewigen Staatsstreicher triumphieren — aber nicht lange! Denn nach wenigen Wochen schon wird die Arbeiterschaft den Weg in das neue unermessliche Elend durchschaut haben. Wir haben genug gewarnt!

*

Reichstag.

389. Sitzung.

Donnerstag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die

Beratung des Ermächtigungsgesetzes

in dritter Lesung fort. Die Koalitionsparteien verzichteten im allgemeinen auf längere Redezeit, während die Oppositionsparteien, insbesondere die Kommunisten, die Gelegenheit benutzten, nochmals gegen die Republik ihre bekannten Schimpfkampagnen loszulassen.

Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Genosse

Breitshheid

folgende Erklärung ab:

„Die äußerste Not des deutschen Volkes und seiner arbeitenden Massen hat den Entschluß gezeitigt, die Regierung mit besonderen Vollmachten zu betrauen, damit sie schneller, als es auf dem Weg über das Parlament möglich ist, Notständen begegnen und der Verwirrung der Wirtschaft steuern kann.

Wir erteilen diesem Entschluß nach reiflicher Erwägung aller Für und Wider und in dem vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung unsere Zustimmung, nachdem festgestellt ist, daß die gebotenen Vollmachten nur der gegenwärtigen Regierung erteilt werden, in der die Sozialdemokratie vertreten ist, und daß die Regelung der Arbeitszeit auf dem Wege der normalen Gesetzgebung erfolgen soll.

Wir sind bereit, der gegenwärtigen Regierung außerordentliche Vollmachten zu bewilligen, weil wir darin das Mittel erblicken, einer illegalen Diktatur vorzubeugen, die das deutsche Volk mit ihrer Gewalt Herrschaft bedroht. Unlösbar äußere Konflikte, Reichszerrüttung und schwerste Schädigung der Massen in ihren letzten Existenzmöglichkeiten würden die Folge sein. Die Krisen der letzten Wochen haben die ungeheure Gefahr beleuchtet, die uns bedroht. Deshalb ist es jetzt unsere wichtigste Aufgabe, alle sozialistischen und demokratischen Kräfte des Volkes gegen die drohende Reaktion, gegen die Anarchie, gegen den Hungertod — für die Republik, für die Reichseinheit, für die Erhaltung einer starken Demokratie aufzurufen, die das Recht der arbeitenden Massen gegen die Annahmungen kapitalistischer Willkürgewalt verteidigt. In diesem Sinne stimmen wir für das Gesetz.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Schluß der Debatte wird angenommen. In der Einzelberatung kommt dann noch der Abg. Wulle (Dtschnö.) zu Wort. Nach Beendigung seiner Rede wird erneut Schluß der Debatte, auch für die Einzelberatung, beschlossen.

Hierauf erfolgen die Abstimmungen: Änderungsanträge der Deutschnationalen und Kommunisten werden abgelehnt. Bei der Abstimmung haben Reichskanzler Dr. Stresemann und verschiedene andere Minister die Plätze in ihren Fraktionen eingenommen. Der deutschnationale Antrag gegen die Aufhebung der Verfassungsgrundrechte wird in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über § 1 des Gesetzes. Mit Ja stimmen die Regierungsparteien, in deren Reihen Lücken sind. § 1 wird mit 253 gegen 97 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die Deutschnationalen beantragen die Streichung der Bestimmung des § 2, daß das Gesetz mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung außer Kraft tritt. In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 306 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Vor der Schlußabstimmung erklärt Abg. Schulz-Bromberg (DN): Wir stehen in diesem Augenblick vor einem Beschluß, wie er von solcher Tragweite und solcher Bedeutung in diesem Reichstag und in keinem Parlament der Welt je gefaßt wurde. Der Parlamentarismus meldet seinen Konkurs an. Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß diejenigen Parteien, die die Verantwortung für ihn übernehmen, sie reiflich überlegen, daß sie insbesondere die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit des Reichstages aus den Koalitionsparteien selbst aufbringen. Die hasserischen Abstimmungen haben ergeben, daß das nicht der Fall ist. Wir als Genossen des Beschlusses haben keine Verantwortung, der Koalition dabei zu helfen. Wir werden darum der Abstimmung fernbleiben. (Unter großer Bewegung im Hause verlassen die Deutschnationalen hierauf den Saal.)

Die Abg. Frölich (Komm.) und Ledebour (USoz.) erklären gleichfalls, daß ihre Freunde den Saal verlassen werden.

Abg. Dr. Marr (Ztr.): Ich komme dem Wunsche vieler Abgeordneten nach, wenn ich den Antrag stelle, jetzt die Verhandlungen zu vertagen. (Lärm und Rufe: Schiebung! bei den Kommunisten.)

Abg. v. Graefe (Dtschnö.): Noch niemals hat sich eine Regierung so blamiert wie in diesem Augenblick. (Unruhe.) Noch vor wenigen Stunden hat der Reichskanzler es gewagt, mit der Androhung der Reichstagsauflösung zu bluffen. (Unruhe.) In diesem Augenblick klappt nun der Reichskanzler in erbärmlichster Weise zusammen.

Die weiteren Worte des Redners bleiben unverständlich in dem Sturm von Entrüstungsrufen, der von den Abgeordneten der Mehrheit kommt. Mit drohend erhobenen Armen rufen viele Abgeordnete: raus, raus mit dem Kerl!

Präsident Loebe: Abg. Schulz-Bromberg hat den Regierungsparteien geraten, die nötige Mehrheit selbst zusammenzubringen. Diejem Zweck soll offenbar der Antrag des Herrn Dr. Marr dienen. (Heiterkeit.)

Reichskanzler Dr. Stresemann: Abg. v. Graefe hat geglaubt, mir sagen zu können, daß der Reichskanzler die Absicht gehabt hätte, das Haus zu bluffen, indem er mit der Auflösung des Reichstages gedroht hätte. Ich habe in dieser Debatte als Reichskanzler nicht gesprochen. Aber die Beschüsse darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, stehen für mich und für die Stelle, die darüber zu entscheiden hat, fest. Wann die Abstimmung über das Gesetz sein soll, das ist nicht Sache des Reichskanzlers, sondern der Parteien. Der Reichskanzler hat an diesem Antrage nicht mitgewirkt. (Zustimmung b. d. Mehrheit.)

Abg. Marr (Ztr.) beantragt in Ergänzung seines ersten Antrages, den Sitzungsbeginn am Sonnabend auf 1 Uhr festzusetzen.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Sonnabend nachmittags 1 Uhr anzusetzen: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes, Abstimmung über Einleitung und Ueberschrift und Schlußabstimmung. — Schluß 3¼ Uhr.

Man muß klar sehen!

Dr. L. Lübeck, 12. Oktober.

Die beiden letzten Wochen waren kritisch. Im Rückblick drängen sich allerlei Gedanken auf. Im Gesamtbild spiegelt sich dann der deutschen Republik Schicksal, das tagelang am dünnsten Faden hing.

Ueberlegt! Seit Monaten schäumte eine Woge wilder kommunistischer Agitation nach der anderen hoch. Schlagwort peitschte Schlagwort! Und mit Gebrüll lauschten die Schaumkämme kommunistischer und bolschewistischer Parolen und Phrasen um die Köpfe der schwer leidenden und gequälten Massen.

Wer nicht tiefer sah, wer vom Auslande aus die Dinge betrachtete, der mußte jeden Tag eine kommunistische Revolution erwarten; der machte schon im Geheimen seine Rechnung mit Gott und der „Arbeiter- und Bauernregierung“.

Aber das Signal flammte anders auf. In München. Nicht rot! Schwarz-weiß-rot und blauweiß war die Parole. Weiß war plötzlich der Glanz, weiß die Fahnen; Hakenkreuz und Stahlhelm kündigten die Diktatur.

Und das Wertwürdigste! Von unserem Standpunkte aus das Bedenklichste; der schärfste Beweis für die neue weiße Gefahr: Die Kommunisten wurden stiller und stiller. Sie fühlten in allen Gliedern die Gefahr, in die sie die Republik und die Arbeiterschaft hineinschwadroniert hatten, und nur in einer Ueberlegung gipfelte ihre sturmerprobte politische Klugheit; in der bangen Frage: Werden die Sozialdemokraten die Position halten?

Darüber ist kein Zweifel möglich: Der Republik einziges und letztes Bollwerk ist die Sozialdemokratie. Sie stand einst unbezwinglich unangreifbar, fest wie Fels im Meer. Nichts schien sich ihrer Kraft vergleichen, mit ihr messen zu können. Die Sozialdemokratie tat ihre Pflicht; bis zur Selbstverleugnung. Auf ihrer Seite standen das Recht und der gesunde Menschenverstand. Alle Angriffe auf Republik und Revolution schlug sie mit Leichtigkeit ab.

Von links kam ein neuer Feind. Krieg und Revolution hatten der Partei (und den Gewerkschaften) große Massen neuer Anhänger zugeführt. Schulung und Festigkeit fehlten ihnen. Jedes Mißvergnügen, jeder kurze Mißerfolg wurde nicht sachlich ergründet und erklärt, man machte einfach für alles die „Führer“ verantwortlich. Es gab eine Massenstimung oft gegen die Führer; die Kommunisten machten sich diese Stimmung zunutze, führten sie. Besonders jugendliche Arbeiter folgten diesen Parolen gegen die Bonzen. Und verstärkten die kommunistischen Reihen.

Aber sie blieben dort nicht. Noch wilderes Geschrei lockte weiter; die Rufe nach der „Tat“ riefen aufs neue; und von den Kommunisten führte der Weg zu den Nationalsozialisten, zu Hitlers Fahnen.

Unter dem Hakenkreuz stehen viele junge Arbeiter. Auch in Küstern wirkten nicht zu wenig Proletariatsräufe mit. Und wenn morgen in Hamburg oder in Lübeck Hitlers Freunde zur Tat aufrufen mit Gummiknüppel und Revolver, so stehen zu Dutzenden unternehmungslustige Burichen hinter ihnen, die heute noch die dritte Internationale mit Begeisterung grüßen.

So war es in Italien; so war es in Ungarn; so ist es in Bayern; und so wird es in Deutschland sein, wenn nicht —

Man denke über den Umschwung nach. Worum ging denn die Krise in der vergangenen Woche? Um den Achtstundentag! Nicht mehr um die Macht schlechthin kämpft heute also die Arbeiterschaft, sondern um die einzelnen Errungenschaften der Revolution. Ein schlechtes Zeichen! Ein trauriges Zeichen unseres Abtriegs.

Während das kommunistisch-hysterische Geseife lauter und lauter erschallt; während die Gewerkschaften wiederholt von innerem Zwist; während die sozialdemokratische Partei für den Bestand der Republik nach außen und innen verzweifelt kämpft, waren unter der Oberflächliche Machtverschiebungen vor sich gegangen. Das Bürgertum spähte nach altem Land; die Schwerindustrie ließ den Dollar rollen und weiße Krallen und Zähne.

Deutschland wird seit Jahr und Tag von Koalitionen regiert. Bald mit, bald ohne Sozialdemokraten. Man versuchte es so, und man versuchte es anders. Zuletzt mit der „großen Koalition“. Wir haben diese Koalition stets bekämpft. Aber auf dem Weg, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion seit Jahren geht, gab es kein anderes Ziel mehr. Konsequente Koalitionspolitik! Oder konsequente Opposition mit dem Ziel der sozialistischen Regierung! Entweder das eine — oder das andere! Hin- und Herpendeln zwischen beiden mußte ins Nichts führen, wie das letzte Jahr grauenhaft deutlich bewiesen hat. Ueber diesen Punkt sei hier nicht mehr gesagt.

Die große Koalition ist eine Tatsache! Und damit haben wir uns im Augenblick abzufinden. Und es ist nicht zu leugnen, daß die bürgerlichen Staatsmänner, die die große Koalition von der anderen Seite tragen, von den besten Absichten besetzt sind. Aber — die große Koalition hat ein Ueber! Und an diesem Ueber eben setzte der Giftjahn der Schwerindustrie und der ewig surrende Motor des gedankenlosen Patriotismus ein.

Bürgerliche Führer, allen voran Stresemann, traten mit offenem Herzen in die Koalition, fest entschlossen, mit der Sozial-

Dollar 4,2 Milliarden.

demokratie zusammenarbeiten, um von unserem Vaterlande das letzte abzuwenden — den Zusammenbruch. Aber das Bürgergut selbst war großen Gesichtspunkten nicht gewachsen. Schlagworte — gegen den Achtundentag; gegen den Marxismus — benebelten seine Köpfe. Schwerste Paulenschläge der nationalstapfischen Verheerung paulten alles dumm und lauh. Und bei Betrachtungen über den Aufrührerstand füllten bürgerliche Winkeljournale die Spalten ihrer traurigen Blätter mit nationalstapfischem Gezeifer, wie Hunde, denen ein Knochen im Hals stecken geblieben.

Zu diesem Herenabbath kam dann die kommunistische Heiltsarmeeagitation, deren Vorausicht nicht einmal bis zur Kaiserin reichte und den Nationalisten die letzten Schafe in den Stall trieb.

Jedenfalls war die Luft günstig, als man in Bayern zum „trodenen“ Putz blies. Und als dann rheinische Schwerindustrie den Beschluß faßten, den Achtundentag zu zertrümmern, und als sie entsprechende Forderungen an den Reichstanzler stellte, da war die Panik da. Es gab keine bürgerliche Partei mehr, die bei der Siechheit in den Köpfen ihrer Anhänger sich noch entschlossen zur großen Koalition bekannt hätte. Schwerindustrie und Deutschnationale entfesselten im Reichstag ihre Fährlein.

Und die Arbeitererschaft? Sie schwieg in Bayern! Und sie schwieg im Reich. Die Kommunisten aber sahen das drohende Licht der weißen Gefahr aufleuchten. Und sie schwenkten plötzlich um. Erklärten, daß sie in Sachen und Thüringen in die Regierung eintreten wollten. „Die Sozialdemokratie muß bleiben, um jeden Preis! Denn sie ist das letzte Bollwerk gegen den Faschismus! Morgen können wir sie ja wieder beschimpfen und beschmutzen als Verräter; heute aber ist sie einzige und letzte Rettung.“

Rach schritt die Krise im Reich weiter. Nichts schien dem Putz der Reaktor mehr im Wege zu stehen, denn der Reichstag wußte keinen Ausweg mehr. Und Bayern drängte — drohte.

Nochmals die große Koalition? Die Demokraten stellten die Frage! Auch dem Zentrum fiel ein Stein vom Herzen. Und die Sozialdemokratie stand vor der schwersten Frage seit dem 4. August 1914. Entweder eine Rechtsdiktatur unter Militärbefehlshabern! Oder Neuaufbau der großen Koalition! Was die Rechtsdiktatur bedeutet, das zeigt Bayern. Die Wahl konnte deshalb nicht schwer sein: Wiedererrichtung der großen Koalition! Selbst ohne Hilfeleistung!

Sab es für unsere Reichstagsfraktion eine andere Entscheidungsmöglichkeit? Nein!

Und wir machen ihr auch daraus keinen Vorwurf, daß sie jetzt wieder in die große Koalition eintrat. Ihr Fehler liegt weiter zurück: Daß es zu solcher Zwangslage überhaupt kommen konnte.

Um es kurz heraus zu sagen: Die Arbeitererschaft hat die erste Epoche des Kampfes und die Macht verpielt! Das ist die Schuld der Arbeitererschaft selbst!

Riesenhafte und endlose Debatten über die Einrichtung einer Diktatur des Proletariats haben seit Jahren bei jeder Gelegenheit im Mittelpunkt der Diskussion: würde kommunistische Schwabronneure und Großmäuler führen seit Jahren das große Wort; vernünftige und denkende Arbeiter ließen sich stets einschüchtern. Und der Erfolg? Position auf Position in verloren gegangen. Das Bürgertum triumphierte! Sogar der Achtundentag ist nicht mehr gefährlich.

Das muß anders werden. Den kommunistischen Forderungen muß wieder die Faust aufs Maul. Die Arbeitererschaft muß sich wieder einigen. Sie ist dem Bürgertum überlegen! Und ihre Führer sind den Führern des Bürgertums jederzeit gewachsen!

Die wirtschaftlichen Nöte dürfen den politischen Willen des Proletariats nicht lähmen: denn damit würde die düstere Gegenwart gleichzeitig die Zukunft verschlucken. Und nur der Glaube an eine bessere Zukunft macht die trostlose Gegenwart erträglich. Der Sozialismus hat schwerere Tage überwunden; er wird auch diesmal triumphieren. Außenpolitische Verfristung und Währungsnot legen ihre erbarmungslosen Stride um den Hals der deutschen Wirtschaft. Noch größer kann die Not werden. Klar sehen! Das muß jetzt die Lösung sein.

Markenbrot bis Ende Oktober?

Vom Ernährungsministerium wurden in den letzten Tagen die Vertreter der Parteien zusammengerufen. Es wurde ihnen eine Mitteilung gemacht, daß man beabsichtige, die am 15. Oktober in Aussicht genommene Verbilligung des Brotes für Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Armenheimkehrer, Kleinstrentner und Erwerbslose erheblich einzuschränken. U. a. sollten nur die kinderreichen Familien unter gewissen Voraussetzungen verbilligtes Brot erhalten, für die übrigen Bedürftigen und Rentner war dagegen ein Ansehn bei den Rentenbezügen geplant. Staatssekretär Heintze erklärte, und wurde darin auch von dem Vertreter des Arbeitsministeriums unterstützt, daß ein Teil der für die Brotverbilligung eingegangenen Mittel zur Kinderpeilung und zur Verbilligung von Milch verwendet werden sollte, da elasmäßige Mittel für diese Zwecke nicht mehr verfügbar seien. Außerdem komme in Betracht, daß von der ersten Hälfte der Brotabgabe, die im August eingelesen wurde, nur ein nicht wertbezüglich angelegter Betrag von 2,7 Billionen vorhanden sei.

Genosse Krähja wandte sich entschieden gegen diesen Plan. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, fanden auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion am Donnerstag erneut Besprechungen mit den Koalitionsparteien statt, in denen die Bedenken der Sozialdemokraten anerkannt wurden. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde folgender Antrag vereinbart:

„Da vom 15. Oktober 1923 ab die Brotversorgung mit Brotarten einstellt und angesichts des in den letzten Tagen eingetretenen Nahrungskrisis die Gefahr besteht, daß die Brotversorgung eines großen Teiles des Volkes auf außerordentliche, die innere Ruhe und Ordnung gefährdende Schwierigkeiten stößt, fordert der Reichstag die Reichsregierung auf, bis zur Festlegung der Brotversorgung die Brotversorgung zu erleichtern und die Preise zu sichern und zwar zunächst durch Fortführung der gegenwärtigen Markenbrotversorgung bis Ende des Monats.“

Durch diesen Antrag ist zunächst die unmittelbare Gefahr, die mit dem Ende der Markenbrotversorgung am 15. Oktober verbunden ist, gemindert.

Stinizzismus, nicht Marxismus.

In der „Germania“ lesen wir der Zentralabgeordnete Ehrhardt mit den neuesten Schlagworten der reaktionären Propaganda auseinander. Er fragt: „Was soll das Schlagwort Marxismus?“ und antwortet darauf:

„Nicht besser wäre es, wir redeten etwas mehr vom Stinizzismus. Herr Stinnes und einige andere haben die marxistische Theorie in einer Weise verwickelt, daß sie zu Ehrenmitgliedern von jenen gewählt werden könnten, die an das Schlagwort vom Marxismus glauben. Während der größte Teil des deutschen Volkes vollständig verarmt, kaufen Herr Stinnes und einige andere Inhaber großer Konzerne alles auf, was sie bekommen können. Neue Anlagen werden im Inland und Ausland geschaffen, so daß das Ausland einen Vorwand bekommt, für die Unehrlichkeit der Deutschen, die vorgeben, keine Reparationslasten zahlen zu können. Die Kleinen und mittleren Gewerbetreibenden werden vernichtet. Die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen bringt auch einen großen Teil des gewerblichen Mittelstandes in Abhängigkeit von großen Geldgebern, die den Strick anzuziehen, wenn es ihnen paßt. Während die große Masse des deutschen Volkes unter der Inflationssteuer zugrunde geht, vermehren Herr Stinnes und wenig andere ihr Vermögen. Als Ablenkungsmanöver wird dann die Parole ausgegeben: „Gegen den Marxismus“. Inzwischen können sich ja die anderen streiten und blamieren, Herr Stinnes und andere haben wieder Zeit gewonnen, in Ruhe ihre Geschäfte zu betreiben. Eines Tages werden die politisch Blinden im Lande ja wohl auch sehend werden. Vielleicht ist es dann zu spät!“

Ehrhardt wendet sich auch gegen die von der Schwerindustrie ausgehenden Forderungen nach einer Rechtsdiktatur und schließt Ziele und Wirkung einer solchen:

„Was die Diktatoren wollen, ist am Ende doch nichts anderes als politische Entrechtung, um den arbeitenden Menschen zum willenlosen Werkzeug zu machen. Politische Reaktion ist fast immer auch soziale Reaktion. Nicht nur, aber recht häufig stehen bei politischen Streitfragen wirtschaftliche und soziale Fragen im Hintergrund. Nun hat selbst das Deutschland der Vorkriegszeit den Lebensäußerungen der unteren sozialen Schichten Bewegungsfreiheit einräumen müssen. Selbst ein Bismarck hat mit seinem Sozialistengesetz den gegenseitigen Zweck verfolgt. . . . Bismarck hatte Erfolge aufzuweisen von ungewöhnlichem Ausmaß. Er durfte sich schon etwas erlauben und ist denn noch gescheitert. Wie kästlich würde ein anderer heute scheitern! Wird das deutsche Volk wieder in zwei Teile gespalten und das wäre bei einer politisch reaktionären Diktatur der Fall, dann ist das Ende des Reiches in kurzer Zeit da. Wir können uns nur behaupten, wenn wir einzig bleiben. Innerlich zerrissen und auf gegenseitigen Kampf eingestellt, ist Deutschland nicht zu retten.“

Das System Stinnes bedeutet tatsächlich eine steigende Gefahr für das ganze politische und Wirtschaftsleben Deutschlands. Es ist gut, wenn diese Gefahr auf allen Seiten rechtzeitig erkannt und in ihrer ganzen Größe dargestellt wird.

Die sozialistisch-kommunistische Regierung in Sachsen.

SPD. Dresden, 11. Oktober.

Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist am Mittwoch gebildet worden. Der kommunistischen Partei sind das Finanz- und Wirtschaftsministerium zugeteilt worden. Das Kabinett teilt sich demnach zusammen: Ministerpräsident: Dr. Zeigner (Soz.), Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.), Finanzministerium: Böttcher (Komm.), Justizministerium: Neu (Soz.), Ministerium für Volksbildung: Reigener (Soz.), Wirtschaftsministerium: Sedert (Komm.), Arbeitsministerium: Graupe (Soz.) Es scheiden von den bisherigen Ministern aus: Wirtschaftsminister Jellisch und Finanzminister Held. Außerdem ist vereinbart worden, daß der bisherige kommunistische Parteisekretär Heinrich Brandler zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt wird.

Die Nachricht von der Umbildung des sächsischen Kabinetts, die in Dresden erst im Laufe des Donnerstags bekannt wurde, hat nicht überrascht. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerliche Presse die Linkscoalition aufs äußerste verdammt und die politische Zukunft Sachsens in düsteren Farben malt. Die „Dresdener Volkszeitung“ begrüßt dagegen die Bildung als ein Ereignis von historischer Bedeutung. Sicher sei, daß der Versuch des Zusammenarbeitens der beiden sozialistischen Parteien von der gesamten sozialistischen Arbeitererschaft mit Freuden begrüßt wird. Der neuen Koalition könne man aber keine Vorwürfe vorwerfen, solange sich ihr Zusammenarbeiten nicht bewährt hat.

Der Landtag, der am Donnerstag zusammentrat, stand ohne Grund im Zeichen eines großen Tages. Der Andrang zu den öffentlichen Tribünen war außerordentlich stark. Der Landtagspräsident hat sich während der Dauer der gegenwärtigen Landtagsverhandlungen zu besonderen polizeilichen Schutzmaßnahmen veranlaßt gesehen, weil ihm durch vertrauliche Mitteilungen Kenntnis geworden ist, daß Anschläge gegen die Regierung und den Landtag im Bereich der Mäßigkeit liegen. Auch Drohbriefe liegen vor. Damit die polizeilichen Maßnahmen nicht mißverständlich aufgefaßt werden, wurde heute auf die Ursache dieser Maßnahmen amtlich hingewiesen. Kurz nach 1 Uhr wurde die Sitzung von dem Genossen Winler eröffnet. Er teilte mit, daß der Landtagspräsident mit den Fraktionen getagt habe und vorläufige, von der vorgezeichneten Tagesordnung abzugehen und die Sitzung am Freitag vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung „Entgegennahme einer Regierungserklärung“ zu vertagen. Die Rechte beherrschte diese Worte unter harter Anruhe des Hauses mit höchstem Gehör und Zurufen: „Mit er dann auch bestimmt da?“ Der Präsident teilte weiter mit, daß morgen nur die Entgegennahme der Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt und die nächste Sitzung erst am Dienstag zur Aussprache über die Regierungserklärung erfolgen soll. Die Vertagung sei erforderlich, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Unter erneuten höhnischen Gelächter und höhnlischen Bravourstufen der Rechten erklärte der Präsident die Sitzung für vertagt. Erregt rief der kommunistische Abgeordnete Grand der Rechten zu: „Ihr werdet bald nicht mehr Bravo rufen!“ — Der eigentliche Grund der Landtagsvertagung ist die verpönte Rückkehr des Genossen Zeigner aus Berlin.

Prinzregent Rahr.

SPD. München, 11. Oktober. (Eig. Draht.)

In amtlicher bayrischer Stelle wird versichert, daß Herr v. Rahr keine Macht als Generalstaatskommissar in wäpfter Zeit hauptsächlich auf wirtschaftliche Gebiete zur Geltung bringen will. Er ist sich dabei offenbar bewußt geworden, daß Erfolg in dieser Richtung unendlich viel schwerer zu erreichen sein werden als seine bisherigen Ertragsgeschäften auf politischem Gebiet, auch wenn man ihm zugestehen mag, daß kein Erfolg gegen Hitler, herbeigeführt durch die Spaltung des „Kampfbundes“, gewiß keine leichte Sache war. In einer offiziellen Verlautbarung des Generalstaatskommissariats steht zwischen den Zeilen geschrieben, daß Herr v. Rahr keine Regentkraft auf lange Sicht eingebracht hat, da er sich bewußt ist, keine Aufgabe nicht in wenigen

Monaten erfüllen zu können. Das geht auch aus einer soeben erlassenen Rundgebung der Vaterländischen Verbände hervor, die Herr v. Rahr im eigentlichen Sinne des Wortes auf den Schild erheben haben und die als die Nebenregierung in Bayern sehr wohl über die Absichten und Ziele des Rahr-Kurses unterrichtet sind. In dieser Rundgebung sieht man daher mit Interesse, daß die Vaterländischen sich deswegen hinter Rahr gestellt haben, weil er programmäßig ein Rechtsregiment und gegen links gerichtete nationale Diktatur aufgerichtet haben. Offen ausgesprochen wird dann, daß das letzte Ziel dieser Diktatur sein muß: die Abhängigkeit des Generalstaatskommissars vom Ministerialrat, d. h. von der verfassungsmäßigen Regierung zu beseitigen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist und zwar durch die „positive Mitarbeit der Vaterländischen Verbände“, ist die Diktatur eine vollständige. Wie dieses Programm gelöst werden soll, ist heute noch nicht klar zu erkennen. Da aber die Vaterländischen heute wieder erneut und in aller Form den Rücktritt der Minister Schweyer und Wulffhofer und „Killingtreue Kandidaten“ fordern, so ist kaum zweifelhaft, wodurch dann das Kunststück vollbracht werden soll. Vorauszusehen ist auch, daß es nach dem Zusammentritt des bayrischen Landtages Ende dieses Monats zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Parlament, Staatsregierung und Generalstaatskommissar kommen wird. Das wäre dann die von der bayrischen Reaktion schon längst ersehnte Gelegenheit zu einem Generalantritt auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Volksvertretung. „Vaterländisch“ nennt man heute schon „Umgestaltung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Form.“ Wenn auf diese Weise dann die Regentkraft Rahr und der Vaterländischen Verbände einigermaßen verankert ist, werden die weitergehenden nationalen Ziele von Bayern aus in Angriff genommen: Gesundung des übrigen deutschen Volkes. Dazu ist in erster Linie notwendig die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und zwar in einem Tempo, das uns gewappnet sieht, nicht nur gegen den äußeren Bedrücker, sondern auch gegen den im Norden unseres inneren Vaterlandes drückenden inneren Feind“. Es ist wohl am Platze, daß man in ganz Deutschland dieses bayrische Programm mit Aufmerksamkeit verfolgt, nachdem die Abwicklung des ersten Teiles dieses Programms in Bayern zurzeit in sogenannten geschäftsmäßigen Bahnen durchgeführt wird.

SPD. München, 11. Oktober. (Eig. Draht.)

An der Abberufung bezw. Versetzung des Kommandeurs des bayrischen Reichswehrkontingents, des Generals Lossow, ist nach einer Mitteilung von zuständiger Seite nicht mehr zu zweifeln. Ueber diesen Entschluß des Reichswehrministers ist die bayrische Regierung außerordentlich ungeschaltet, nicht zuletzt auch wegen der Form, in der sie von der Abberufung Lossows Kenntnis erhalten hat. Sie wird deshalb durch ihren Gesandten in Berlin Vorstellungen erheben und förmlich Protest einlegen.

Septemberlöhne für die Hausangestellten. Hungerlöhne!

Berlin, 10. Oktober.

Auf Antrag der beteiligten Organisationen, auf Arbeitgeberseite die Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin E. V., die Hausfrauenabteilung des katholischen Frauenbundes, Zweigverein Berlin und der deutsch-evangelische Frauenbund, für die Arbeitnehmer der Reichsverband weiblicher Hausangestellter Deutschlands (christlich-national) und der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands (freigewerkschaftlich) wurde zur Regelung der

| Gruppe | Beschreibung | Wahlberechtigte |
|-----------|---|------------------|
| Gruppe 1 | Jugendliche unter 15 Jahren | 210 Millionen |
| Gruppe 1a | Jugendliche unter 16 Jahren | 375 Millionen |
| Gruppe 2 | Alleinmädchen oder Stütze ohne Kochen | 420 Mill. |
| Gruppe 3 | Alleinmädchen oder Stütze mit Kochen | 525 Mill. |
| Gruppe 4 | Perfekte Köchin | 735 Mill. |
| Gruppe 5 | Einfaches Hausmädchen | 420 Mill. |
| Gruppe 6 | Perfektes Hausmädchen | 630 Mill. |
| Gruppe 7 | Wirtschafterin ohne Mädchen | 630 Mill. |
| Gruppe 8 | Wirtschafterin mit Mädchen | 840 Mill. |
| Gruppe 9 | Kindermädchen | 420 Mill. |
| Gruppe 10 | Kinderfräulein mit Vorbildung | 630 Mill. |
| Gruppe 11 | Herrschaftsdiener, ledig | 750 Mill. |
| Gruppe 12 | Herrschaftsdiener, verheiratet, mit freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung | 900 Mill. |
| Gruppe 13 | Muschel | pro Tag 42 Mill. |

Die Regelung der Oktoberlöhne erfolgt in zwei Raten, die Zahlung geschieht wöchentlich. Ueber die Festsetzung der Oktoberlöhne erfolgt seinerzeit Nachricht.

Wenn der Reichstag aufgelöst wird.

Berlin, 12. Oktober.

Der „Vorwärts“ erklärt: Es bleibt selbstverständlich dabei, daß bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Reichstag sofort aufgelöst wird. Aber auch dann würde keine Regierungstrife dieerhalb ausbrechen, vielmehr hat das Reichskabinett schon jetzt beschlossen, auch in diesem Fall die Geschäfte weiterzuführen und die hauptsächlichsten Maßnahmen, die es auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu treffen beabsichtigt, nunmehr kraft des bekannten Art. 48 der Reichsverfassung zu ergreifen.

Die neue Lohnmehzahl für die Reichsarbeiter.

Berlin, 11. Oktober.

Nach den getriggen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen wurde die Lohnmehzahl für die Reichsarbeiter für die laufende Woche auf 220 000 festgesetzt. Für die Beamten ist vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Reichstages und des Reichsrates eine endgültige Mehzahl von 35 000 für das 2. Oktoberviertel vereinbart.

Offizielle Annetierung Timmes durch Italien.

Belgrad, 11. Oktober.

Wie verlautet, ist General Giardino, der italienische Gouverneur von Trieste, im Begriff, in der Umgebung der Stadt und auf den nahegelegenen Inseln starke Truppenteile aufzustellen und diese in besetzten Stellungen unterzubringen. Die offizielle Annetierung Timmes durch die italienische Regierung ist durch Jugoslawien anerkannt worden. Jugoslawien hofft jedoch, daß ihm im Hafen gewisse Rechte zugesprochen werden, wie sie Griechenland Jugoslawien im Hafen von Saloniki zugesprochen hat.

Ämlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck vom 12. Oktober 1923 Nr. 75 enthält: (7468)

Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 28. März 1923. — Vergütungssteuergesetz.

Gewerbliche Anlage.

(Veröffentlicht am 12. Oktober 1923.)

Die Chemische Industrie Lübeck, G. m. b. H., Blankensee, beabsichtigt auf dem von ihr gepachteten Grundstück des ehemaligen Flugplatzes in Blankensee eine Fabrikanlage zur Gewinnung von kristallisiertem Salinitat zu errichten (§ 16 der Gewerbeordnung).

Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Polizeiamt anzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. (§ 17 der Gewerbeordnung.)

Zeichnungen und Beschreibungen der Anlage liegen im Zimmer 24 des neuen Polizeidienstgebäudes am Dom zur Einsicht aus. (7455) Lübeck, 9. Oktbr. 1923. Das Polizeiamt.

Nichtämlicher Teil

Nach einem arbeitsreichen Leben entschliesst meine liebe gute Frau, unsere liebe Mutter, Schwestern u. Großmutter (7461) **Maria Franch.** geb. Köhmann im vollendeten 45. Lebensjahre. In tiefer Trauer **Karl Franch** nebst Kindern u. all. Angehörigen. Beerdigung Sonntag 11.30 Uhr vom Trauerhause aus statt. Schlutup, 10. 10. 23.

Kaufe hellen Marmor. Ang. mit Angaben der Gr. unt. C 360 an die Grv. d. Bl. (7460)

Verloren eine Motorrad-Werkzeugtasche. Finder der erh. gute Belohn. (7478) Abzug. Hafenstr. 2.p.

Seife

Kern-Seife usw. kauft man am vorteilhaftesten im **Seifenhaus** Süßbiergrube 43.

Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten“** veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher. **Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.** Johannisstr. 43.

Zweiwädriger Blochwagen zu verkaufen. (7465) Bankstraße 17, II.

Sportwagen o. Verd. u. 2 St. ech. Blumenkauer zu verk. (7470) Engelstraße 21/4.

Leihfahrräder, Bestgläser gesucht. Ang. u. C 361 an die Grv. d. Bl.

Damenrad gesucht geg. Korn zu tauschen. (7475) Hundestr. 95, I. v. L.

1 Fleischhaken, 1 Sa-Waibel für 18 jähr. nach zu tauschen gegen Karaffeln od. Lebensmittel. Morferstr. 13, L. (7472)

Gut erhalt. verstellbarer Sportwagen mit Verdeck geg. Karaffeln zu tausch. Watenigstr. 102, I.

Extrakte-Verbrauch von Dr. Mödler zu kaufen gesucht. Ang. unt. C 359 an die Grv. d. Bl. (7457)

Gämliche Sorten FELLE und Haare kaufen höchstzählend **Gebr. Wagner,** Tel. 3114 Dannewerkestraße 26. Poststr. 8. (7452)

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann Breitestr. 31. Fernsp. 8559

Universitätswoche

21.—27. Oktober 1923.

Vorträge.

- Sonntag, 21. Oktober. 11—1 Uhr: Prof. Dr. Röhrig, Grundzüge lübeck-hanfscher Geschichte.
- 5—7 Uhr: Privatdozent D. theol. Bruhn, Darstellung und Kritik der Theosophie und Anthroposophie.
- Montag, 22. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Die Blütezeit der deutschen Romantik.
- 8—10 Uhr: Prof. Dr. Jacoby, Griechische Geschichtsschreibung.
- Dienstag, 23. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Romantik.
- 8—10 Uhr: Prof. Dr. Kossel, Die naturphilosophische Bedeutung der neueren Ansichten über Materie.
- Mittwoch, 24. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Romantik.
- 8—10 Uhr: Privatdozent Dr. Peterfen, Geist und Leben der germanischen Heldendichtung in den skandinavischen Ländern und Schleswig-Holstein.
- Donnerstag, 25. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Schrader, Schicksal und Willensfreiheit im indischen Denken.
- 8—10 Uhr: Prof. Dr. Wirk, Die Sonne.
- Freitag, 26. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Schrader, Nordische Beziehungen der süd-indischen Sprachen.
- 8—10 Uhr: Privatdozent Dr. Weinhandel, Neue Wege der Lebensgestaltung.
- Sonnabend, 27. Oktober. 8—10 Uhr: Prof. Dr. Skalweit, Der deutsche Bauer und die Revolution.
- Sonntag, 28. Oktober. 11 Uhr mittags: Prof. Dr. Diedrich Schäfer, Deutsche und Skandinavier. (7462)

Hanfscher Geschichtsverein.

Ort der Vorträge: Aula des Johanneums. Eintrittskarten bei Ernst Robert, Breite Str. 29 und an der Abendkasse. Preise: Einständiger Vortrag: 80 Millionen Mf. Zweistündiger Vortrag: 160 Millionen Mf. Dreistündiger Vortrag: 240 Millionen Mf.; für Schüler die Hälfte. Vortrag Prof. Schäfer: 160 Millionen Mf.

Landtrantentasse für den Landestell Lübeck.

Für die Zeit vom 8. Oktober bis zum 14. Oktober 1923 betragen die Tagesbeiträge für Dienstmädchen in der Stadt 6,9 Millionen, für Dienstmädchen und Knechte in der Landwirtschaft unter 18 Jahren 18 Millionen Mark, für Dienstmädchen und Knechte über 18 Jahren sowie für Wochenlöhner 24 Millionen Mark, für Melkfrauen 18 Millionen Mark, für Arbeiterinnen 30 Millionen Mark, für Deputatarbeiter, Freiarbeiter, Schweizer, Haushalter und Meiereiarbeiter 55,5 Millionen Mark. Auf Grund des Artikels V der Verordnung auf Grund des Notengesetzes vom 27. September 1923 werden die Beiträge bei verspäteter Einzahlung, auch ohne daß eine Mahnung vorausgeht, um den Betrag erhöht, der dem Verhältnis der vom Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichten Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten am Fälligkeitstage zu der Reichsrichtzahl am Tage der Einzahlung entspricht. Die säumigen Beitragsschuldner werden daher nachträglich aufgefordert, die von uns angeforderten Beiträge sofort einzuzahlen. (7469) Guttn. 11. Okt. 1923. Der Vorstand.

Kolosseum. Erntefest

der Lübecker Kleingärtner am Sonnabend, 13. Oktober. Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Gäste willkommen. Der Festausschuß. (7471)

Weißer Engel.

Morgen, Sonnabend, 13. Oktober: **Großer Ball** vom Vergnügungsverein St. Jürgen. (Bandonium-Orchester). (7466) Anfang 7 Uhr. Das Komitee.

Zentral-Theater

Fernruf 1859. Johannisstr. 25.

Nur bis Montag:

Schwarze Erde

Erstaufführung in Deutschland mit Gesangsbelegungen.

Opernjünger **H. Mittwoch** aus Hamburg wird hingen.

Ein Filmwerk aus dem Gebiet zwischen Rhein und Ruhr von seltener Gestaltungskraft. 5 Akte. (7429)

Nach langen Verhandlungen und unter tiefsten Unkosten ist es uns gelungen, diesen raddenden Film aus dem Bergmannsleben für die Uraufführung für Norddeutschland zu verpflichten. (7429) **ein amerikanischer Farmerfilm** in 5 Akten und **ein drolliges Lustspiel** in 3 Akten. **Spieltzeit 4—11 Uhr. Orchesterbegleitung.**

Weißer Engel.

Jeden Sonntag: (7263)

Tanzkränzchen.



Die ganze Welt spart Zeit und Geld, weil sie zum Schuhputz Erdal wählt.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

Stadthallen-Lichtspiele.

Vom 12.—18. Oktober Das hervorragende Programm der Woche:

Felicitas Grolandin

Ein Trauerschicksal in 5 Akten nach historischen Quellen von Dr. Johannes Brandt mit **Hella Maja** und **Kurt Westermann.**

„Die Kette klirrt.“ Ein ergreifendes Filmdrama in 5 Akten.

Der Fischer und seine Frau Lustspiel nach dem Grimmschen Märchen.

Auf unsere hervorragende Hauskapelle unter Leitung unseres Kapellmeisters **Franz Gödel** wird besonders hingewiesen. (7459)

Luisenlust.

Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.** (7417)

Biophon.

Die tolle Prinzeß

Große amerikanische Lustspielkomödie in 6 Akten. **Mabel Normand,** Americas schönster Filmstar. **Das Haus der Qualen.** Drama, 6 Akte, aus den Memoiren des blinden Dr. Griffitti. **Wems judd, — der trafe sich.** Lustspiel in 2 Akten. (7458)

Fledermans

8 Uhr. (7418)

Café Bernhardt

Fackenburg Allee 9. Täglich nachm. Konzert. (7264) u. abds.: Konzert.

Hansa-Theater.

Deute Freitag 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male: **Der Fürst von Hapenheim.** Operette in 3 Akten von Hugo Dieck. (7464) Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male **„Die Försterchristl.“** Operette in 3 Akten von Jarno.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Konzerte.** (7419)

Stadtheater Lübeck.

Sonnabend, 7.30 Uhr: **Waldschloß.** Sonntag, 8 Uhr: (7454) **Waldschloß.** 7.30 Uhr: **Fiesland.** Einleitung der Ab. Karten für die **Waldschloß** Konzerte und **Waldschloß** Bühne Freitag von 2 bis 6 Uhr an der Theaterkassa.

Geschäftsbücher Schreibblocks Rechnungsblocks Quittungsblocks Kuverts Klebemarken Kellnerbonsbücher Tinte, rot u. schwarz Leim, gute Qualität Bleistifte, Kopierstifte Federn, Federhalter zu haben in der (3762)

Badhandlung Lübecker Volksbote.

Wir sind billig!

Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.

Eleg. Anzüge, Sammmantel, Pelzen, Kappen, Schläper usw. elegante Damenschuhe, Halbschuhe, schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Arbeits- und Schaffstiefel, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjassen, Kleiderhose, Boiles, Kofies, Planelle, Anzugsstoffe, Westpa, Zulett, Scherwoll, Leinen, Bettten, Anstricher, Loden und Mancheser, (7464) **Hemdenrock usw.** Ein Posten Damenwintermäntel gute Form, noch sehr billig.

Ehlers & Neerwisch

Hofstr. 1. St. Petri 2 u. 1. Das bekannteste Schuhgeschäft für Lübeck und jeden Ort.

